Abg. Tandler gab zunächst nochmals seiner Überzeugung Ausdruck, dass dieser Tagesordnungspunkt im Finanzausschuss beraten werden sollte.

Von der Sache her sei Forderung der Fachvereinigung Personenverkehr Nordrhein nachvollziehbar. Andererseits habe diese Erhöhung aber auch Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreises sowie für den Kreis und die Kommunen. Er wies hierbei ausdrücklich auf die dargestellten Mehrkosten für Kreis und Kommunen in Höhe von jährlich ca. 70.000 € bei den AST-Verkehren hin. Gerade für Kreis und Kommunen seien diese Mehrbelastungen nur schwer zu schultern. Deshalb könne seine Fraktion der heutigen Vorlage auch nicht zustimmen.

Abg. Jablonski wunderte sich zunächst darüber, dass die SPD-Fraktion hier eine Mehrbelastung bei den Kosten für die AST-Verkehre in Höhe von ca. 70.000 € bei Kreis und Kommunen nicht mittragen könne, wohingegen sie bei der Taktverdichtung auf der Linie 66 (vergleiche Tagesordnungspunkt 8 und 8a) eine Kostenbeteiligung des Kreises in Höhe von 136.500 € beantrage.

Unzweifelhaft falle für ihn auch der Taxiverkehr in die Zuständigkeit des Planungs- und Verkehrsausschusses. Natürlich handele es sich bei dem Antrag der Taxi-Fachvereinigung um eine „heftige“ Erhöhung. Andererseits seien die Taxitarife und –gebühren seit 4 Jahren nicht mehr angepasst worden, und dies trotz gleichzeitig enorm gestiegener Treibstoffkosten. Das Taxigewerbe habe Probleme, noch kostendeckend zu fahren. Zudem seien auch im öffentlichen Personennahverkehr die Tarife erhöht worden. Den privaten Taxiunternehmern könne deshalb eine solche Erhöhung nicht verweigert werden, zumal die Verwaltung einen entsprechenden Antrag bereits 2003 abgelehnt hatte.

Die Kreisverwaltung habe nunmehr geringere Erhöhungen, als ursprünglich von der Fachvereinigung beantragt, vorgeschlagen. Seine Fraktion werde insoweit dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Darüber hinaus müssten die finanziellen Auswirkungen auf die AST-Verkehre selbstverständlich auch im Zuge der Haushaltsberatungen 2005 zu gegebener Zeit diskutiert werden.

Abg. Tandler machte deutlich, dass gerade ältere Menschen im ländlichen Bereich häufige Nutzer der Taxen seien. Gerade für diesen Personenkreis entstünden hier erhebliche Mehrbelastungen von bis zu 36 %, wohingegen die Tariferhöhung im VRS gerade einmal 3,4 % ausgemacht habe. Die Argumente der CDU-Fraktion seien im Wesentlichen finanzpolitisch, die seiner Fraktion dagegen sozialpolitisch motiviert. Diese Erhöhung passe einfach nicht in die Zeit, weshalb sie abzulehnen sei.

Abg. H. Becker erschien insbesondere die Erhöhung der Grundgebühr als zu hoch. Dagegen halte er die Differenzierung von Nacht- und Tagbetrieb beim gefahrenen Kilometer für eine intelligente Lösung, insbesondere da diese Erhöhung sich nicht bei den Krankenkassen niederschlage. Hinsichtlich der Erhöhung der Grundgebühr schlug er als Kompromiss eine Erhöhung auf 2,60 € anstatt auf 3,00 € vor.

Zum Verfahren schlug er im Übrigen vor, den Tagesordnungspunkt heute ohne Beschlussempfehlung in den Kreisausschuss zu verweisen, da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen bestehe. Er regte zudem eine möglicherweise einheitliche Beschlussfassung zu dieser Thematik an.

Abg. Jablonski wies darauf hin, dass sich die Erhöhung um 36 % ausschließlich auf die Grundgebühr beziehe. Diese relativiere sich aber, je mehr Kilometer man fahre, zumal tagsüber keine Erhöhung der Kilometer-Tarife vorgesehen sei. Hinsichtlich der sozialen Komponente verwies er auf die Situation der privaten Taxiunternehmen, denen ein wirtschaftlicher Betrieb auch weiterhin ermöglicht werden müsse. Insoweit gebe es auch eine soziale Verantwortung aus der anderen Perspektive.

KVD Sieberg führte aus, auch die Verwaltung habe sich mit der Erhöhung der Beförderungsentgelte schwer getan. Zunächst habe man den Antrag bereits am 25.06.2003

abgelehnt. In vielen weiteren Gesprächen mit der Industrie- und Handelskammer und der Fachvereinigung habe man anschließend über die wirtschaftliche Situation der Taxiunternehmen diskutiert. Einerseits sei der Rhein-Sieg-Kreis als Genehmigungsbehörde verpflichtet, das wirtschaftliche Auskommen der Taxiunternehmen sicherzustellen, andererseits müsse man aber auch die Belange der Bevölkerung und der öffentlichen Hand berücksichtigen. In den Diskussionen habe der Nachweis geführt werden können, dass die Grundkosten der Taxiunternehmen für Versicherungen, Reparaturen, Treibstoff und ähnliches seit 2000 erheblich angestiegen sind.

Der Rhein-Sieg-Kreis habe nunmehr die Tarife für die ersten Kilometer nicht so stark erhöhen wollen, wie vielfach in Nordrhein-Westfalen. Stattdessen habe man nach Abstimmung mit den Taxiunternehmen eine Erhöhung der Grundgebühr vorgeschlagen. Bei Umrechnung der Erhöhung der Grundgebühr auf die tatsächlich gefahrenen Kilometern handele es sich auch um keine extreme Steigerung. Sie liege dann vielmehr real noch bei 5 - 16 % je nach Fahrtstrecke.

Darüber hinaus war ursprünglich auch eine Erhöhung des Km-Preises beantragt worden. Für tagsüber habe die Kreisverwaltung eine solche Erhöhung aber von vorneherein als unzeitgemäß abgelehnt. Folgerichtig sei es dagegen, einen gesonderten Nacht- und Wochenendtarif einzuführen. Insgesamt liege man mit der Erhöhung der Beförderungsentgelte in einem relativ moderaten Bereich.

Auch im Hinblick auf die Konkurrenzsituation der hiesigen Taxiunternehmen zu den Betrieben in Köln und Bonn wurden die vorgeschlagenen Erhöhungen von den Unternehmen als notwendig erachtet, da in diesen Ballungsräumen eine vollständig andere Situation, was z. B. Anzahl der Fahrgäste, kürzere Fahrstrecken u. ä. angehe, vorliege.

Bei der heutigen Beschlussvorlage handele es sich insoweit um einen Kompromissvorschlag, der sowohl von der Kreisverwaltung als auch vom Fachverband, von der Fachvereinigung in Dortmund, von der Industrie- und Handelskammer sowie von der überwiegenden Anzahl der Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis mitgetragen werde.

Abschließend wies er darauf hin, dass die Anzahl der Konzessionen von ursprünglich 204 auf aktuell 195 zurückgegangen sei. Laut einem Verkehrsgutachten müsste diese Anzahl aber noch auf 185 Konzessionen schrumpfen, um den Taxiunternehmen ein wirtschaftliches Auskommen zu sichern. Die Kreisverwaltung erteile daher zur Zeit keine neuen Konzessionen.

Abg. Tandler entgegnete, Unternehmer stellten häufig Forderungen, die die Politik nicht umsetzen könne. Er pflichtete im Übrigen den Ausführungen des Abg. H. Becker bei, wonach man über eine moderatere Lösung bei der Erhöhung der Grundgebühr nachdenken müsse. Auch unterstütze er dessen Vorschlag, heute nicht zu beschließen, sondern den Tagesordnungspunkt in den Kreisausschuss zu verweisen, da noch fraktionsinterner Beratungsbedarf bestehe. Auch sollte eine gemeinsame Beschlussfassung der Fraktionen angestrebt werden.

Abg. H. Becker bemerkte zu den Ausführungen von KVD Sieberg, dessen Argumentation würde eher für eine Erhöhung des Kilometer-Preises als für eine solch starke Anhebung der Grundgebühr sprechen. Die Erhöhung der Grundgebühr um 36 % falle deutlich zu hoch aus. Er begrüße aber ausdrücklich die Einführung des Nacht- und Wochenendtarifes. Im Übrigen regte an, in Zukunft häufiger als in diesen großen Zeitabständen über moderate Erhöhungen nachzudenken.

Abg. Jablonski hielt die Ausführungen der Verwaltung nach wie vor für nachvollziehbar, zumal die Erhöhung in erster Linie die Ballungsgebiete betreffe, nicht aber so stark die Randzonen mit längeren Fahrtstrecken. Die Erhöhung der Grundgebühr komme insoweit auch eher den kleineren Gemeinden entgegen, auch was die AST-Verkehre angehe. Eine geringere Erhöhung der Grundgebühr unter gleichzeitiger Beibehaltung der Kilometer-Tarife halte er im Hinblick auf die Interessenwahrnehmung der Taxiunternehmen für nicht in Ordnung. Diese benötigten eine Grundlage, um auch in Zukunft ihre Verkehre wirtschaftlich betreiben zu können.

Auch Abg. Küpper sah für seine Fraktion noch Beratungsbedarf. Er unterstützte insoweit den Vertagungsvorschlag in den Kreisausschuss.

Es bestand insoweit Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in den Kreisausschuss zu verweisen.